

Frauenfeld,
26. Januar 2016

Medienmitteilung der FDP-Fraktion

Die FDP steht für verursachergerechte Erhebung von Gebühren und Steuern ein - verlangt aber, dass die Erträge auch zweckgebunden eingesetzt werden.

Morgen Mittwoch behandelt der Grosse Rat die Interpellation „Verursachergerechter Unterhalt von Gemeindestrassen“. Die Fraktion der FDP.Die Liberalen nimmt von der Beantwortung des Regierungsrates mit „gewisser“ Besorgnis Kenntnis.

Kantone, Städte und Gemeinden dürfen als Leistungserbringer nicht zu kurz kommen! Ein verursachergerechter Unterhalt aller Strassen wäre zeitgemäss und angebracht.

Gemäss geltenden rechtlichen Grundlagen erhebt der Bund die „Leistungsabhängige Schwerkverkehrsabgabe“ LSVa. Gleichzeitig fallen Treibstoffzölle resp. Einnahmen aus der Mineralölsteuer sowie Mineralölsteuerzuschläge in die Bundeskasse.

Ein Teil dieser Einnahmen fliesst in die Spezialfinanzierung des Bundes für den Strassenbau, ein anderer Teil fließt in den allgemeinen Bundeshaushalt bzw. wird für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs verwendet.

Ein weiterer Teil aus diesen Einnahmen fliesst den Kantonen zu. Diese haben u.a. den Strassenbau sowie den Strassenunterhalt sicherzustellen.

Die Kantone finanzieren den Strassenbau bzw. den Strassenunterhalt mit den „Geldern von Bern“ sowie den „eigenen Motorfahrzeugsteuern“.

Verschieden werden die „Gelder von Bern“ in den Kantonen eingesetzt. Ein Teil von den „Geldern von Bern“ und den Motorfahrzeugsteuern fließen in den öffentlichen Verkehr und ein Teil wird für den Strassenbau bzw. für den Strassenunterhalt eingesetzt.

Nebst den Kantonen gibt es aber auch noch die Städte und die Gemeinden. Diese erhalten von den Kantonen unterschiedlich Mittel für die Sicherstellung des Strassenbaus und des Strassenunterhaltes.

So werden im Thurgau 15 % der Strassenverkehrssteuern den Gemeinden für den Strassenbau und Strassenunterhalt zur Verfügung gestellt.

Mit diesen 15 % der Strassenverkehrssteuern können die Gemeinden im Thurgau den Strassenbau und Strassenunterhalt in keiner Weise bestreiten. Es fehlen die notwendigen Mittel um auf Gemeindeebene verursachergerecht handeln zu können.

Der Regierungsrat ist nach wie vor der Meinung, dass dies so bleiben soll und verzichtet auf die Weiterleitung der Erträge aus LSVa und Mineralsteuern an die Gemeinden.

Die FDP-Fraktion ist mit dieser Haltung der Regierung nicht zufrieden und verlangt eine „gerechtere“ Aufteilung der „Gelder von Bern“.

Fritz Zweifel, Kantonsrat FDP, Scherzingen